

Wirtschaft

Börse

SMI
9549 Punkte

-0.1%



Die Besten

Swatch Group I	+2.8%
Adecco N	+2.7%
CS Group N	+2.6%

Die Schlechtesten

Alcon N	-2.8%
Lonza N	-2.4%
Roche GS	-1.2%

Dow Jones Ind. 26 143 Punkte

Nasdaq Comp. 7947 Punkte

-0.1%

-0.2%

Euro in Franken	1.131	0.13%
Dollar in Franken	1.003	0.05%
Euro in Dollar	1.127	0.08%
GB-Pfund in Franken	1.312	-0.04%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	71.30	0.3%
Gold (Unze) in Dollar	1296.90	-0.7%
Silber (Unze) in Dollar	15.14	0.2%

Nachrichten

Freie Bahn für Vergeltungszölle

Handelskrieg Die Europäische Union ist geplanten Vergeltungszöllen gegen die USA wegen illegaler Subventionen für den Flugzeughersteller Boeing einen Schritt näher. Gestern nahm der Streitschlichtungsausschuss der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf das Ende März gefällte abschliessende Urteil in diesem Fall formell an. Damit ist der Weg für die EU frei, über einen WTO-Schlichter Vergeltungsmassnahmen zu beantragen. Der Schlichter legt die Höhe fest. Ein ähnliches Verfahren haben die USA gegen die EU angestrengt. Dabei geht es um illegale Subventionen für den europäischen Boeing-Konkurrenten Airbus. (sda)

So viele Konkurse wie nie zuvor

Unternehmen Im vergangenen Jahr wurden in der Schweiz insgesamt 13 971 Firmen- und Privatkonkursverfahren eröffnet. Das sind 5,4 Prozent oder 714 Fälle mehr als im Vorjahr. Dabei handelt es sich um einen neuen Höchstwert. Gleichzeitig nahm der Gesamtbetrag der finanziellen Verluste aus Konkursverfahren um ein Fünftel zu. (sda)

Neuer Weltbank-Chef will Armut bekämpfen

Entwicklung Der neue Weltbank-Präsident David Malpass hat die Fortsetzung des Kampfs gegen die Folgen des Klimawandels und die extreme Armut als vorrangige Ziele genannt. Die Weltbank verfolgt das Ziel, extreme Armut bis zum Jahr 2030 zu eliminieren. China, wo in den vergangenen Jahren 850 Millionen Menschen den Schritt aus der extremen Armut geschafft hätten, sei einer der Vorreiter, sagte Malpass gestern zum Auftakt der Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Washington. (sda)

Norwegen strebt Verbot von Pelztierfarmen an

Modebranche Die norwegische Regierung will Pelztierfarmen bis 2025 komplett verbieten. Ein Gesetzesentwurf sieht vor, den Besitz von Tieren dann zu verbieten, wenn sie «zum Verkauf oder sonstigen Gebrauch ihres Fells» getötet werden. (sda)

Schwere Vorwürfe gegen den Milliardeninvestor von Crans-Montana

Wirtschaftskriminalität Der tschechische Multimillionär Radovan Vitek, dem die Skilifte im Walliser Ferienort gehören, wurde in Luxemburg und den USA angezeigt. Anleger fordern von ihm mehrere Milliarden Dollar.

Julien Wicky und Bernhard Odehnal

Radovan Vitek hat in Crans-Montana VS nicht nur seinen Wohnsitz. Seit 2014 ist er Mehrheitsaktionär der Skilifte und will dort einen 200 Millionen Franken teuren Hotelkomplex bauen. Doch der tschechische Immobilienmogul und Multimillionär mit einem geschätzten Vermögen von 3,5 Milliarden Dollar könnte bei seinen Plänen nun Probleme bekommen.

Vitek's ehemalige Geschäftspartner, zwei Investmentgesellschaften, haben in den USA eine Anzeige eingereicht: Vitek und seine Mitarbeiter sollen zwischen 2012 und heute insgesamt eine Milliarde Dollar gestohlen haben und damit reich geworden sein. «Das ist ein sehr komplexer Fall, in den mindestens zwei Banken, sechs Länder und bekannte Persönlichkeiten verwickelt sind», sagt Thomas Creal, ein amerikanischer Experte für Finanzkriminalität: «Je mehr wir ermitteln, desto mehr werden wir finden.»

«Architekt des Systems»

Vitek hat sein Vermögen nach dem Fall des Kommunismus bei der sogenannten Kupon-Privatisierung in der Slowakei und der Tschechischen Republik gemacht. Heute verwaltet der 48-Jährige mit seiner CPI Property Group ein Portfolio, dessen Wert auf 7,5 Milliarden Euro geschätzt wird. CPI ist der grösste Eigentümer von Büroräumen in der Tschechischen Republik und in Berlin. Vitek besitzt einen Privatjet und eine Yacht namens Baron Trenck.

In der über einhundert Seiten starken Klageschrift in den USA wird ein angebliches System Vitek's dargelegt und er selbst als «Architekt dieses betrügerischen Systems» bezeichnet. Vitek soll sich verschiedener Strohfirma bedient haben, deren wahre Nutzniesser versteckt blieben. Häufig sollen an diesem System Vitek's Mutter oder enge Mitarbeiter beteiligt gewesen sein. Sie wurden ebenfalls verzeigt.

Ein New Yorker Hedgefonds namens Kingstown Capital klagt nun gegen die angeblich feindliche



Von ehemaligen Geschäftspartnern angezeigt: Radovan Vitek während einer Medienkonferenz Ende letzten Jahres. Foto: Maxime Schmid (Keystone)

Übernahme einer Luxemburger Immobiliengesellschaft namens Orco durch Vitek. Kingstown hatte seit 2012 in Orco investiert. Mit der Hilfe von Mitarbeitern soll Vitek die rentabelsten Vermögenswerte von Orco abgetrennt haben. Den Miteigentümern der Firma, einschliesslich Kingstown Capital, seien so Vermögenswerte über 600 Millionen Euro entgangen. Mit der Übernahme durch Vitek wurde aus Orco das Flaggschiff des Multimillionärs: Die CPI Property Group. Gegen die Übernahme der Gesellschaft wurde auch vor einem luxemburgischen Gericht geklagt. Der Fall ist dort noch hängig.

Vitek's Unternehmen CPI PG bestreitet in einer Pressemitteilung die Vorwürfe und glaubt nicht, dass die Staatsanwalt-

schaft in den Vereinigten Staaten zuständig sei. «CPI PG und verbundene Unternehmen sind derzeit in Rechtsstreitigkeiten involviert, die von Kingstown in Luxemburg eingereicht wurden», heisst es in der Mitteilung: Nun versuche Kingstown, auch in den USA Druck auf CPI PG aufzubauen.

Die Kläger greifen auch die Bank J&T in Prag an. Mit ihrer Hilfe habe Vitek Briefkastenfirmen gegründet und finanziert. Für die Umsetzung seiner Strategie habe ihm die Bank bis zu 800 Millionen Dollar an Kredit gewährt, dabei hätte sie einen Kreditrahmen von 215 Millionen nicht überschreiten dürfen.

Ein weiterer Kläger ist die Firma Investhold, die den Tschechen Jiri Divis und Marek Cmejla gehört. Beide sind in der

Schweiz von einem anderen Korruptionsfall her bekannt. Ende 2014 wurden sie vom Bundesstrafgericht in Bellinzona im sogenannten MUS-Fall wegen Betrugs und Geldwäsche bei der Privatisierung des Bergbauunternehmens MUS in der tschechischen Stadt Most verurteilt.

Rechtsstreit in Brünn

Die Partnerschaft zwischen Divis, Cmejla und Vitek bestand zwischen 2008 und 2016. Investhold investierte in Vitek's Unternehmen, doch Vitek soll später Schulden nicht beglichen haben. 2018 klagten Divis und Cmejla gegen ihren ehemaligen Partner in der tschechischen Stadt Brünn. Sie fordern die Hälfte seines Vermögens.

In den USA erhoffen sich die Kläger offenbar, schneller zu

Schadenersatz zu kommen. Die Anzeige stützt sich auf das US-Gesetz gegen Schutzgelderpressung und organisierte Kriminalität (RICO). Es wurde 1970 als Instrument gegen die Geldwäsche von Mafia und Drogenhändlern beschlossen und ermöglicht Klägern, das Dreifache des gestohlenen Vermögens zu fordern.

Ein Rico-Verfahren gibt dem Gericht auch die Möglichkeit, das gesamte Vermögen des Beklagten vor dem Gerichtsverfahren zu beschlagnahmen. «Dieses Gesetz passt aufgrund der Ähnlichkeit mit einem kriminellen Unternehmen perfekt in diese Situation», sagt der Experte für Finanzkriminalität, Thomas Creal. Die Kläger verlangen, dass über den Angeklagten ein Geschworenengericht urteilen soll.

In den Industrieländern geht der Mittelstand zurück

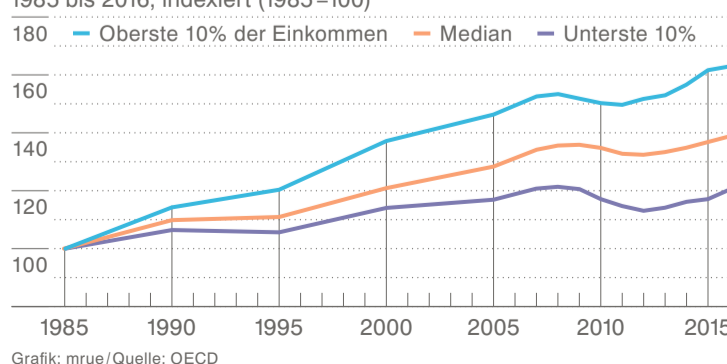
Einkommen Kaum steigende Löhne und deutlich zunehmende Lebenshaltungskosten haben Folgen.

Der Anteil der Mittelschicht in den Industriestaaten ist von 64 Prozent in den 1980er-Jahren auf aktuell 61 Prozent gesunken. Dies zeigt eine Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihren 36 Mitgliedsstaaten.

Als Mittelstand definiert sie Haushalte mit einem Einkommen, das zwischen 75 und 200 Prozent des jeweiligen nationalen Medians liegt. «Die Regierungen müssen auf die Sorgen der Menschen hören und den Lebensstandard der Mittel-

Hohe Einkommen wachsen stärker

Entwicklung real verfügbarer Einkommen in 17 OECD-Ländern 1985 bis 2016, indiziert (1985=100)



schicht schützen und fördern», forderte OECD-Generalsekretär Angel Gurría. So sollten Arbeitseinkommen weniger, Einkünfte aus Kapital, Eigentum und Erbschaften dagegen stärker besteuert werden. Die OECD hält ein Gegensteuern auch deshalb für geboten, da die Automatisierung etwa jeden sechsten Arbeitsplatz der Mittelschicht bedrohe.

68 Prozent der Babyboomer – zu denen die Jahrgänge zwischen 1942 und 1964 gezählt werden – gehörten der Mittelschicht an, als sie in ihren Zwanzigern waren. Bei den sogenannten Millenni-

als, die zwischen 1983 und 2002 geboren wurden, sind es hingegen nur 60 Prozent. Schuld ist laut der OECD die Einkommensentwicklung. So sei das Durchschnittseinkommen der Mittelschicht in den letzten drei Jahrzehnten um ein Drittel langsamer gestiegen als das der reichsten 10 Prozent. Zudem seien die Wohnkosten kräftig gestiegen: Etwa ein Drittel ihres Einkommens muss die Mittelschicht dafür aufwenden – 1995 war es nur ein Viertel. Auch die Kosten für Bildung und Gesundheitsfürsorge legten deutlich zu. (Reuters)